

Deutschland-Kropp: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 35/2021 19/02/2021

Auftragsbekanntmachung**Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Erfde

Postanschrift: Am Markt 10

Ort: Kropp

NUTS-Code: DEF0C Schleswig-Flensburg

Postleitzahl: 24848

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GM.SH) AöR

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-2300

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.gmsh.deAdresse des Beschafferprofils: <https://www.e-vergabe-sh.de>**I.3. Kommunikation**Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://e-vergabe-sh.de/vergabeplattform/bekanntmachungen/>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <http://e-vergabe-sh.de/vergabeplattform/bekanntmachungen/>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Gemeinde Erfde, Neubau eines Gesundheitszentrums in Erfde

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3.

Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Fachplanung Tragwerksplanung nach §51 HOAI, LPH 1-6, Besondere Leistungen, stufenweise Beauftragung.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 150 959,91 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEF0C Schleswig-Flensburg

Hauptort der Ausführung: 24803 Erde

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Gemeinde Erde plant den Neubau eines Gesundheitszentrums. Der Neubau greift das Thema der umgebenden ländlichen Gebäude mit Satteldachformen auf und entwickelt eine in Nord- Südrichtung ausgerichtete Formation von Giebelhäusern. Die insgesamt 5 Baukörper sind so zueinander verschoben, dass sich zum einen günstige Lichtverhältnisse ergeben und zum anderen im Süden attraktive Gartenhöfe entstehen. Die Formation der gestaffelten Giebelhäuser richtet sich mit seiner Firstlinie von Norden nach Süden. Die Gebäude werden so angeordnet, dass die publikumsabhängigen Nutzungen, wie die Physiotherapie, Apotheke und das Sanitätsahaus in Richtung Norden herausragen. Über ein zentrales Foyer mit großzügigem Luftraum sind alle Nutzungen im Erd- und Obergeschoss gut erkennbar angebunden. Ähnlich einem Dorfplatz bildet es das Herzstück des neuen Gesundheitszentrums.

Über einen großzügigen Luftraum werden die medizinischen Nutzungen im Obergeschoss gut sichtbar und sind über einen Aufzug mit daneben angeordneter Treppe bequem und barrierefrei erreichbar.

Analog zu der ländlich geprägten, teilweise historischen Bebauung wird das Gebäudeensemble in massiver Bauweise mit hellrotbunter Ziegelfassade mit gleichfarbiger Dachziegelstruktur vorgeschlagen. Die innere Struktur wird dabei konstruktiv so angelegt, dass Anpassungen auf wechselnde Bedürfnisse durch Veränderungen mit leichten Trennwänden vorgenommen werden können, ohne dass tragende Elemente dabei verändert werden müssen. Die beiden langen Gebäuderiegel in der Mitte und im Osten können nach Süden ergänzt und zusammengeführt werden. Auf diese Weise entsteht eine Erweiterungsfläche von bis zu 800 qm BGF auf 2 Ebenen. Transparente Flächen gliedern die Ziegelfassaden und sorgen im Inneren für ausreichend Tageslicht. Perforierte Ziegelflächen mit dahinter angeordneten Glasflächen ermöglichen eine Durchlüftung der einzelnen Riegel, so dass die Gebäude auch über Nacht einbruchssicher belüftet werden können. Die ‚gefaltete Dachlandschaft‘ mit einer maßvollen Verteilung von Oberlichtern sorgt für einen großzügigen von Licht durchfluteten Raumeindruck und verleiht dem Gesundheitszentrum in den Obergeschossflächen einen besonderen Charakter.

Auf den nach Südwesten orientierten Dachflächen sind PV-Anlagen vorgesehen.

Zu diesem Zweck werden Planungsbüros zur Teilnahme am Wettbewerb aufgefordert, die das Leistungsbild Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI abdecken und in der Vergangenheit ähnliche Maßnahmen verwirklicht haben.

Es sollen die Leistungsphasen 1-6 in dem Leistungsbild nach § 51 HOAI bearbeitet werden.
Die Beauftragung wird stufenweise erfolgen.
Folgendes Verfahren wird durchgeführt:
In Phase 1 werden potentielle Bewerber zur Teilnahme aufgefordert und reichen den Teilnahmeantrag mit den geforderten Nachweisen ein.
In Phase 2 werden die eingegangenen Teilnahmeanträge geprüft und die Anzahl der zugelassenen Bewerber wird beschränkt.
Die Bewerber der Phase 2 werden gesondert zu einem Verhandlungsverfahren aufgefordert.
Die Kosten der KG 300+400 wurden mit einem Volumen von rund 5 185 000 EUR netto veranschlagt. Dabei entfallen auf die KG 300 ca. 3 650 000 EUR und auf die KG 400 ca. 1 535 000 EUR. Die o.g. Baukostenobergrenze von 5 185 000 EUR netto (KG 300+400) ist dabei als ein Wert zu verstehen, an dem sich der Entwurf in allen Projektstadien auszurichten hat und der bereits im Vorentwurf auf seine Umsetzbarkeit zu überprüfen ist.
Verfahrensbezogene Vergabeunterlagen sind auf der E-Vergabeplattform zum Verfahren unter <http://www.e-vergabe-sh.de/vergabepattform/bekanntmachungen/> eingestellt.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 14/06/2021 Ende: 30/04/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Nach dem Grad der Eignung entsprechend den vorgelegten Nachweisen – vgl. III.1.1) bis III.1.3) gem. „Arbeitshilfe Teilnahmewettbewerb Auswahlmatrix“

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenbeauftragung

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1.

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Vorbemerkungen für die Abschnitte III.1.1) bis III.1.3) sowie III.2.1) bis III.2.2) für
Bewerbergemeinschaften, beabsichtigte Eignungsleihe und Unterauftragsvergabe:

— Den Einzelbewerbern sind Bewerbergemeinschaften gleichgestellt. Bei

Bewerbergemeinschaften ist der Teilnahmeantrag von jedem Mitglied der

Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen und als Anlage gemeinsam mit dem

Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einzureichen.

Dabei muss jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsanteil nachweisen, den es
übernehmen soll,

— Beabsichtigt der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer
Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), sind für jedes dieser anderen

Unternehmen das Formblatt Teilnahmeantrag II-1 und die dort genannten Angaben,

Erklärungen, Nachweise oder sonstigen Unterlagen – sofern diese in der

Auftragsbekanntmachung für den Bewerber selbst auch gefordert sind – gemeinsam mit dem
Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen,

— Beabsichtigt der Bewerber Unteraufträge zu vergeben, ohne zur Erfüllung der

Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (keine

Eignungsleihe), ist eine Vorlage des Formblatts Teilnahmeantrag II-1 und der dort genannten

Angaben, Erklärungen, Nachweise oder sonstige Unterlagen für die Unterauftragnehmer

grundsätzlich nicht erforderlich. Geprüft wird im Rahmen der Eignung nur die Eignung des
Bewerbers,

— Die allgemeinen Verfahrenshinweise in Abschnitt VI.3) (Zusätzliche Angaben) sind zu
beachten.

Vorzulegen sind:

1. Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung aller
Mitglieder in Textform abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall
erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags
bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist sowie erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter
die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder
als Gesamtschuldner haften (Formblatt Erklärung der Bewerbergemeinschaft II-2). Auf
Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern handschriftlich unterzeichnete
Erklärung abzugeben.

2. Eigenerklärung darüber, dass die in § 123 Abs. 1-4 und § 124 Abs. 1 GWB genannten
Ausschlussgründe auf den Bewerber nicht zutreffen (gem. Formblatt Teilnahmeantrag II-1

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Vorzulegen sind:

1. Nachweis einer gültigen Berufshaftpflichtversicherung über die zu vergebenden
Leistungsbilder mindestens in Höhe von 1 500 000 EUR für Personen sowie 300 000 EUR für
Sachschäden oder eine verbindliche Erklärung des Haftpflichtversicherers, dass die
bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfall auf die geforderte Mindestdeckungssumme
erhöht wird. In diesem Fall ist die Bescheinigung des Haftpflichtversicherers vor Erteilung des
Auftrags nachzureichen,

2. Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 Geschäftsjahren
(jahresweise) und Eigenerklärung über den Umsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren

(jahresweise) für Leistungen, die dem hier ausgeschriebenen Auftragsgegenstand entsprechen, soweit dieser vom Gesamtumsatz abweicht (gem. Formblatt Teilnahmeantrag II-1).

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Vorzulegen sind:

1. Geeignete Referenzen (mindestens 3) über früher ausgeführte Dienstleistungen mit Angabe des Auftragswerts, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Auftraggebers mit Ansprechpartner und Telefonnummer (jeweils Formblatt Referenzen II-1-1). Die Referenzen müssen mit der zu vergebenden Leistung bezüglich der Planungsanforderungen vergleichbar sein. Besonderes Augenmerk sollte bei der Auswahl der Referenzen vor allem gelegt werden auf: Leistungen nach § 51 HOAI Tragwerksplanung (Mindestanforderung an die Referenz). Des Weiteren auf (Auswahlkriterien): Nichtwohngebäude, Erbringungszeit in den letzten 7 Jahren (ab 2014, LPH 6 abgeschl.), Bauten mit vergleichb. Komplexität / Honorarzone (min. HZ III), ähnl. Leistungsumfang (bearb. LPH), ähnl. Auftragswert (Honorarsumme). Die vorgenannten Punkte stellen keine Mindestanforderungen an die Referenzen dar, sondern dienen der Begrenzung der Anzahl der geeigneten Bewerber. Sie sind unbedingt auf den Referenzblättern zu vermerken. Für den Fall, dass der Bewerber mehr als 3 Referenzen einreicht, hat er anzugeben, welche der Referenzen der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung berücksichtigen soll. Erfolgt keine Angabe, wird der Auftraggeber die ersten 3 Referenzen in der Reihenfolge der Anlagennummern seiner Auswahl zugrunde legen,
2. Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Bewerber angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind,
3. Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Bewerbers,
4. Eigenerklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers und die Zahl seiner Führungskräfte der letzten 3 Jahre (gemäß Formblatt Teilnahmeantrag II-1),
5. Eigenerklärung, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen an andere Unternehmen zu vergeben beabsichtigt. Hierbei ist Folgendes zu beachten:
Beabsichtigt der Bewerber zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf die erforderliche technische und berufliche oder aber die in Abschnitt III.1.2) aufgeführte wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so muss der Bewerber unabhängig von der Rechtsnatur der Verbindungen mit seinem Teilnahmeantrag die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen sowie die vorgesehenen anderen Unternehmen benennen (Formblatt Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen II-3). Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen II-4), vorzulegen. Für den Fall, dass der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Erklärung vorzulegen, wonach der Bewerber gemeinsam mit anderen Unternehmen in dem Umfang haftet, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden.
Beabsichtigt der Bewerber, Unteraufträge zu vergeben, ohne zur Erfüllung der Eignungskriterien die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (keine Eignungsleihe) hat der Bewerber als Anlage zum Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung

abzugeben, welche Teile des Auftrags an andere Unternehmen vergeben werden sollen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind die Namen der Unterauftragnehmer zu benennen und der Nachweis, dass die Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen (z.B. mit dem Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen II-4), vorzulegen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

§ 75 VgV, § 57 LBO Schleswig-Holstein.

Zugelassen sind:

- Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates als Ingenieure (für Tragwerksplanung) tätig und zum Führen dieser Berufsbezeichnung oder zum Tätigwerden in der Bundesrepublik Deutschland berechtigt sind, ggf. ist der Nachweis nach den entsprechenden EU-Richtlinien zu führen,
- Juristische Personen, sofern deren satzungsmäßiger Geschäftszweck auf Planungsleistungen gerichtet ist und einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne (vgl. 1. Spiegelstrich) benennen.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

1. Eigenerklärung über die Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz vom 2.3.1974, geändert durch § 1 Nr. 4 Gesetz vom 15.8.1974 (gem. Formblatt Teilnahmeantrag II-1),
2. Eigenerklärung über die Bereitschaft, auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle eine Verpflichtung zur Zahlung des Vergabemindestlohns gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 VGSH für den Bewerber sowie für etwaige Unterauftragnehmer vorzulegen, sofern der Bieter oder Unterauftragnehmer nicht im EU-Ausland tätig ist und die Leistung ausschließlich dort erbringt (Formblatt Verpflichtungserklärung zur Zahlung des Vergabemindestlohns).

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 19/03/2021 Ortszeit: 11:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

VI.3. Zusätzliche Angaben

Fragen sind schriftlich über die E-Vergabepattform oder per E-Mail an E-Vergabe-FbdL@gmsh.de zu stellen. Fragen werden bis zum 12.3.2021 angenommen. Der Fragen- und Antwortenkatalog wird auf der Seite <http://www.e-vergabe-sh.de/vergabeplattform/bekanntmachungen/> unter der jeweiligen Vergabe veröffentlicht.

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist in Textform mithilfe elektronischer Mittel über die E-Vergabepattform www.e-vergabe-sh.de einzureichen. Hierzu ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Auf der E-Vergabepattform befindet sich zur jeweiligen Vergabenummer für den Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ein einziger Platzhalter. Über diesen ist der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen entweder als eine Gesamtdatei im PDF-Format oder als ZIP-Datei mit Ordnerstruktur hochzuladen. Bewerbergemeinschaften haben für ihre Bewerbung den Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einschließlich seiner Anlagen hochzuladen. Diesem sind die Teilnahmeanträge aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft als Anlagen beizufügen. Entsprechendes gilt im Fall der Eignungslleihe für die anderen Unternehmen.

Allgemeine Verfahrenshinweise für die unter III.1.1) bis III.1.3) sowie III.2.1) bis III.2.2) genannten Bedingungen:

- Die unter III.1.1) bis III.1.3) sowie III.2.1) bis III.2.2) genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind unter Verwendung des Formblattes Teilnahmeantrag II-1 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist bei der Vergabestelle einzureichen und müssen aktuell (nicht älter als 12 Monate, außer Diplom-Urkunden und Kammereintragungen) und noch gültig sein,
- Soweit in den Vergabeunterlagen auf Formblätter verwiesen wird, sind diese zu verwenden,
- Die geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind für alle Leistungsbilder vorzulegen,
- Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Eignungsnachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen,
- Geforderte Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen, sofern diese im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 nicht bereits enthalten sind. Zu jeder Anlage ist die Anlagenummer einzutragen. Am Ende des Teilnahmeantrags sind die Anlagen in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie auf den vorherigen Seiten angegeben wurden,
- Gem. § 50 Abs. 3 VgV müssen Bewerber oder Bieter u.a. dann keine Eignungsnachweise beibringen, soweit die Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist. Dies

kann dann der Fall sein, wenn Bewerber oder Bieter diese Nachweise bereits in einem früheren Vergabeverfahren eingereicht haben. Wollen sich Bewerber oder Bieter in einem laufenden Vergabeverfahren auf diese Verfahrenserleichterung berufen, so haben sie die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens anzugeben, in dem sie diese Nachweise eingereicht haben. Ohne Angabe der vorgenannten Vergabenummer kann auftraggeberseits nicht nachvollzogen werden, ob und welche Nachweise von den Bewerbern oder Bietern in früheren Vergabeverfahren vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jeweilige Vergabeverfahren aktuell sein müssen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holsteins

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land: Deutschland

Telefon: +49 431-988-4640

Fax: +49 431-988-4702

Internet-Adresse: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/V/vergabekammer.html>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB).

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Postanschrift: Gartenstraße 6
Ort: Kiel
Postleitzahl: 24103
Land: Deutschland
E-Mail: E-vergabe-FbdI@gmsh.de
Telefon: +49 431-599-2300
Fax: +49 431-599-1510
Internet-Adresse: <http://www.gmsh.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung
16/02/2021